

Beschluss der LDK Braunschweig am 26. November 2005

Saubere Energien für eine sichere Zukunft

„Weg vom Öl“ - Ein Aktionsprogramm für Niedersachsen

Die Energieversorgung in der Bundesrepublik stützt sich zu etwa 40 Prozent auf Öl. Im Verkehrsbereich erreicht die Abhängigkeit fast 100 Prozent.

Der Zugang zum billigen Öl, die Verarbeitung und die Vermarktung der daraus industriell gefertigten Produkte waren in der Vergangenheit in den Industrienationen der entscheidende Schlüssel für Wachstum, Vollbeschäftigung und relativen Wohlstand für fast alle Teile der Gesellschaft.

Schon der erste Ölpreisschock in den siebziger Jahren hat vielen Menschen deutlich werden lassen, auf welcher krisenanfälliger Grundlage der wirtschaftliche Erfolg der westlichen Welt aufgebaut ist.

Trotz dieser Erfahrung und trotz aller Warnungen aus Wissenschaft und Forschung, aus den Umweltverbänden und auch aus der Politik wurde auch danach noch über Jahrzehnte die Illusion genährt, dass der von den Industrienationen forcierte Raubbau und die in diesen Ländern betriebene Verschwendung auf ewig machbar und ohne negativen Folgen bleiben kann.

Mit dem exorbitanten Anstieg der Rohölpreise und der damit verbundenen Benzinpreisentwicklung in diesem Sommer wurde jedoch vielen VerbraucherInnen erneut, fast schlagartig, bewusst, wie wenig Zukunftssicherheit wir uns vom Öl versprechen können.

Selbst wenn der zur Zeit noch durch Spekulationen und die Kursschwankungen auf den internationalen Devisenmärkten zusätzlich angeheizte Rohölpreis kurzfristig wieder sinken sollte, so ist eines klar:

Die Zeit des billigen Öls ist vorbei.

Die internationalen Ölreserven sinken. Viele Analysten vertreten die Auffassung, die Welt überschreite heute oder in den unmittelbar vor uns liegenden Jahren das Maximum der Erdölförderung. Es muss damit gerechnet werden, dass die fossile Energiegewinnung in wenigen Jahren aus physikalisch geologischen Gründen massiv ins Wanken gerät.

Weltweit steigt der Ölhunger explosionsartig. So ist China in wenigen Jahren zum zweitgrößten Ölverbraucher aufgestiegen. Prognosen zufolge wird sich dort bis 2020 die PKW-Zahl versiebenfachen. Dann werden 140 Millionen chinesische Fahrzeuge voraussichtlich 256 Mio. Tonnen Öl pro Jahr verbrauchen. Das ist in etwa die Hälfte dessen, was Saudi-Arabien als größtes Förderland heute im gleichen Zeitraum produziert.

Öl wird zunehmend zu einem globalen Sicherheitsrisiko. Die ergiebigen Ölvorkommen ballen sich in Regionen mit besonders hohem Spannungspotenzial: Im „Krisenbogen“ von Nordafrika bis nach Mittelasien, in Westafrika und Venezuela. Die monopolisierten Strukturen auf dem Ölmarkt verstärken die entwicklungspolitische Brisanz. Im Wesentlichen profitiert der

Westen von den Rohölvorkommen. Der Bevölkerung in den betreffenden Ländern bringen sie kaum Vorteile. Zum Teil wird dadurch sogar ihre Armutslage verstärkt.

Die kombinierte sicherheitspolitische Herausforderung von gefährdeter Versorgungssicherheit einerseits und Folgen des Klimawandels andererseits übertrifft viele andere globale Sicherheitsrisiken bei weitem.

Öl gefährdet die Umwelt und den Klimaschutz. Die Umweltschäden bei der Förderung, beim Transport und bei der Verbrennung von Erdöl und Erdölprodukten sind bekannt. Die gehäuften Wetter-Katastrophen der vergangenen Jahre haben viele Menschen erschreckt. Stürme, Dürre und der Anstieg des Meeresspiegels stehen zweifelsohne im Zusammenhang mit der Verbrennung fossiler Rohstoffe.

Nur unzureichend ist es bislang auch in Deutschland gelungen, die für den Klimawandel verantwortlichen Treibhausgas-Emissionen zurückzuführen. Weiterhin sperren sich maßgebliche Ölverbraucherländer wie die USA und China gegen die Unterzeichnung der Klimaschutzziele der Konferenz von Kyoto.

**Wirtschaftspolitisch, umweltpolitisch und sicherheitspolitisch muss Nieder-sachsen wie Deutschland wie Europa und die industrialisierten Länder insgesamt auf Unabhängigkeit vom Öl setzen.
Wer dies verweigert, setzt die Zukunft aufs Spiel.**

Das haben wir erreicht

Grüne haben durch ihre politische Arbeit in Regierung und Opposition der Vergangenheit dafür gesorgt, dass Deutschland energiepolitisch zu neuen Ufern aufgebrochen ist: -Weg von den begrenzt vorrätigen Öl- und Uranvorkommen, hin zu Energie aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme.

Wir haben den Ausbau nachwachsender Rohstoffe gefördert. Wir haben mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sauberen Strom profitabel gemacht.

Wir haben Technologien zur sparsamen und effizienten Verwendung von Energie gefördert.

Wir haben die Steuerbefreiung für Biotreibstoffe durchgesetzt.

Wir haben durch die Ökosteuer den kontinuierlichen Rückgang des Kraftstoffverbrauchs initiiert.

Atomkraft ist keine Alternative sondern ein energiepolitisches Abenteuer und Sicherheitsrisiko

Die Grünen haben in der Regierungsbeteiligung den Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie eingeleitet. Und anders als es die Atomkraftbefürworter behaupten, steht dieser Ausstieg nicht im Widerspruch zum Ziel der größeren Unabhängigkeit vom Öl: für die Haupteinsatzgebiete von Öl, nämlich Verkehr, Raumwärmeerzeugung und chemische Industrie kann Atomkraft keinen adäquaten Ersatz schaffen. Zudem ist der Kernbrennstoff selbst eine noch schneller endliche Ressource als Öl.

Atomkraft ist zudem nicht zu verantworten, weil die Unfallrisiken nicht beherrschbar sind, die Entsorgungsfrage des atomaren Mülls weltweit ungelöst ist, die zivile und militärische Nutzung von Atomkraft sich nicht trennen lässt und weil sie einen Umstieg zu Erneuerbaren, Energieeffizienz und Einsparung blockiert.

Öko-Alarm: Große Koalition im Bund und Schwarz-Gelb in Niedersachsen

Angesichts der neuen Regierungskonstellation in Berlin und den aktuellen Mehrheitsverhältnisse in den Ländern müssen die Alarmsirenen heulen. Die ökologische Borniertheit der CDU, der Atomlobbyismus der FDP und die unzuverlässige Haltung der SPD zum notwendigen Ausgleich von Ökonomie und Ökologie lassen befürchten, dass viele der unter Rot-Grün eingeschlagenen Wege zu mehr Unabhängigkeit vom Öl und für mehr Arbeitsplätze im Bereich der Zukunftsenergien nicht weiter beschritten werden.

Der grüne Blick nach vorn

Für Bündnis 90/Die Grünen liegt die Alternative zur Abhängigkeit vom Öl im Dreiklang aus Einsparung, Effizienzsteigerung und den Erneuerbaren Energien.

Unser Ziel bis 2020 heißt: „4x25“. Aus Erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen sollen ein Viertel der Stromversorgung, ein Viertel der Wärmenutzung, ein Viertel des Kraftstoffverbrauchs und ein Viertel der bislang chemisch produzierten Güter hergestellt werden.

Deutschland muss seine Vorreiterrolle bei den Erneuerbaren Energien, bei Einspartechnologien und bei den nachwachsenden Rohstoffen ausbauen, auch um damit neue zukunftsfähige Arbeitsplätze bei uns zu schaffen.

Dazu bedarf es ehrgeizigerer Maßnahmen und Ziele auf allen Ebenen, im Bund, in den Ländern und den Kommunen. Wir müssen, können und wollen die Hälfte unseres Energieverbrauchs einsparen. Schon heute gibt es Autos, die dieselbe Leistung mit der Hälfte Benzin erbringen und Häuser, die weit weniger Energie verbrauchen als die Hälfte des Durchschnitts aller Gebäude.

Wir Grünen wollen, dass die Abhängigkeit Niedersachsens vom Öl konsequent verringert wird und setzen auf die spezifischen Chancen von nachwachsenden Rohstoffen und der Ressourceneinsparung. Das ist ökonomisch vernünftig und ökologisch ohne Alternative. Langfristig werden nachwachsende Rohstoffe und Erneuerbare Energien die Garanten für stabile Energiepreise sein. Niedersachsen als Flächen- und Agrarland bringt dafür die besten Voraussetzungen mit, durch die Bündelung seiner Innovationskräfte zum führenden Standort für den Anbau, die Produktion und die Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen zu werden. Allein aus Biomasse kann künftig mehr als 25% des Endenergieverbrauchs gedeckt werden.

Jühnde muss „Schule machen“

Wir Grünen wollen, dass das Beispiel des niedersächsischen Bioenergieorfes Jühnde, das weltweit Beachtung gefunden hat, auch in Niedersachsen selbst Schule macht. Dafür bedarf es eines umfassenden Gesamtkonzeptes für die Nutzung nachwachsender Rohstoffe. Der integrierte Ansatz der regional autarken Energieversorgung aus nachwachsenden Rohstoffen hat in Jühnde ein erstes praktisches Anwendungsbeispiel gefunden. Das Dorf mit 800 EinwohnerInnen wird künftig mit Strom und Nahwärme aus Holzhackschnitzeln und Energiepflanzen versorgt. Dabei ist die dort eingesetzte Technik im Einzelnen bereits vielfach erprobt und überhaupt nicht neu. Neu ist hier vor allem der integrierte Ansatz für eine ganze Gemeinde. Neu ist, dass ein ganzes Dorf sagt: Wir stellen um!

Mit dem Ziel, Niedersachsen zum führenden Bioenergieland zu machen, setzen die Grünen darauf, diesen Ansatz weiter zu entwickeln – in Dörfern, in Nachbarschaftsprojekten und in ganzen Stadtteilen. Dabei soll vor allem die breitere Anwendung gefördert werden. Großes Potenzial dafür haben in Niedersachsen auch die Umwandlung der aus Energiepflanzen gewonnene Biomasse in synthetische Kraftstoffe und die Nutzung der geplanten Offshore-Windenergieanlagen in energiebedarfsarmer Zeit (Nacht) zur Produktion von Wasserstoff. Ein Vorsprung für diese Zukunftsbranchen erzeugt wirtschaftliche Dynamik und schafft neue Arbeitsplätze im Rahmen eines nachhaltigen Wachstums für ganz Norddeutschland.

1. Niedersachsen zu Deutschlands führendem Bioenergieland machen

Niedersachsen muss den günstigen Handlungsrahmen der EU-Förderperiode ab 2007 offensiv nutzen. Wir wollen, dass mit der Förderung in unserem Bundesland ein Schwerpunkt bei der Nutzung von Bioenergie gesetzt wird, der einen vielschichtigen Technologie- und Arbeitsplatzschub auslöst. Die Programmplanung für die neue Förderperiode muss jetzt auf den Weg gebracht werden und mit eigenen Förderprojekten des Landes ergänzt werden.

Wir fordern die Landesregierung auf:

- Ein Startprogramm für Bioenergiedörfer und Bioenergiestadtteile mit Planungs- und Beratungshilfen aufzubauen
- sämtliche Potenziale der Erzeugung von Bioenergie in Niedersachsen mit möglichen Arbeitplatzeffekten zu erfassen und darauf basierend so schnell wie möglich ein Gesamtkonzept für die Entwicklung und den Einsatz nachwachsender Rohstoffe zur Energieerzeugung unter Beachtung von ökologischen und naturschutzfachlichen Belangen vorzulegen
- die niedersächsischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen zum Thema Bioenergie zu einem Wissenschaftsnetzwerk mit bevorzugten Förderbedingungen zusammenzuschließen, um die vorhandene Grundlagenforschung anwendungs-bezogen weiter zu entwickeln und um die sektorenübergreifende Koordination mit den Bereichen Landwirtschaft, Maschinen- und Fahrzeugbau zu organisieren.
- Die Information und Beratung für den gesamten Bereich Bioenergie handlungsorientiert zu intensivieren und durch ein Netz von Demonstrations- und Pilotanlagen zu unterstützen
- Im Rahmen der neuen marktorientierten Möglichkeiten der Landwirtschaft die ökologische Produktion von Energiepflanzen zu erleichtern und das Know-how über Auswahl, Anbau, Ernte und Verarbeitung geeigneter Pflanzen durch Forschung und Praxis weiterzuentwickeln
- die im Anlagen- und Maschinenbau arbeitenden innovativen Ingenieurbüros dabei zu unterstützen, dass im Bereich Biogasproduktion und Biokraftstoffherstellung die Weiterentwicklung und Produktion der Energiegewinnungs- und Verarbeitungsanlagen vorangetrieben werden
- durch geeignete Maßnahmen mit dafür Sorge zu tragen, dass im niedersächsischen Fahrzeugbau die bereits entwickelten Antriebsaggregate für die aus Biomasse gewonnen synthetischen Kraftstoffe zur Serienreife und Vermarktung gebracht werden, damit der noch vorhandene Entwicklungsvorsprung nicht erneut von ausländischen Anbietern eingeholt wird.
- mit einem Bürgerschaftsprogramm die Finanzierung innovativer Investitionen im Bereich Bioenergie zu erleichtern
- die bundesgesetzlichen Förderanreize durch geeignete und EU-kofinanzierte Förderprogramme bedarfsgerecht zu ergänzen und zu verstärken.

2. Mit der energetischen Sanierung von Gebäuden den Energieverbrauch senken -die Vorbildfunktion des Landes stärken

Rund ein Drittel des Energieverbrauchs in Niedersachsen entfällt auf den Bereich der Gebäudeheizung. Seit 1998 sind diese Ausgaben um rund 20 % gestiegen. Hier liegen große Potenziale sowohl zur Reduzierung des Energieverbrauchs als auch der Verminderung von Kohlendioxidemissionen. Zusätzlich sichern Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz

von Gebäuden Arbeitsplätze (besonders im Handwerk) und entlasten die öffentlichen Haushalte. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der rot-grünen Bundesregierung hat jährlich ein Investitionsvolumen von rund 3,6 Mrd. ausgelöst. Der Beschäftigungseffekt wird deutschlandweit auf 35.000 Arbeitsplätze pro Jahr geschätzt. Grünes Ziel war und ist es, bis 2020 die Hälfte des Gebäudebestandes energetisch zu optimieren. Unser Langfristziel ist bis 2040 die energetische Optimierung des gesamten Gebäudebestandes. Durch die optimale Verknüpfung von energiesparender Gebäudehülle mit dem Einsatz regenerativer Energien und Kraft-Wärme-Kopplung für den Restwärmebedarf können Häuser und Siedlungen von Energieverschwendern zu Energiesparern und sogar zu Energieproduzenten werden.

Wir fordern die Landesregierung auf:

- als Eigentümerin von ca. 10.500 Gebäuden bei der energetischen Sanierung eine Vorreiterrolle und Vorbildfunktion einzunehmen und innerhalb der nächsten fünf Jahre den Energieverbrauch in ihren Gebäuden um 15 % zu reduzieren. Dabei sollten auch innovative Finanzierungskonzepte wie Contracting und Intracting genutzt werden, die es ermöglichen, die eingesetzten Investitionsmittel durch vermiedene Energiekosten zu tilgen
- die „Landesinitiative Energieeinsparung“, die von CDU und FDP Ende 2004 eingestellt wurde, wieder aufzunehmen. Sie hatte sich als ein sehr effektives Instrument für wirksamen Klimaschutz und für mehr Beschäftigung im Baugewerbe und im Handwerk entwickelt
- die energetische Sanierung und die Einführung eines Gebäude-Energiepasses in Niedersachsen durch geeignete Maßnahmen zu fördern und zu unterstützen. Zukünftig sollte jeder KäuferIn und jeder MieterIn ein realistisches Bild über den Energieverbrauch von Immobilien und Mietwohnungen erhalten können. Steigende Ölpreise werden dazu führen, dass gut gedämmte Gebäude mit moderner Heizungstechnik in ihrem Wert steigen
- die Niedersächsische Bauordnung dahingehend zu ändern, dass die Kommunen die Möglichkeit erhalten, die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung und/oder der Solarthermie und anderer regenerativer Energien in Neubaugebieten verbindlich festzuschreiben zu können
- dafür zu sorgen, dass das Projekt „Ökoprotit-Umweltschutz aus Eigennutz“ in einer landesweiten Initiative an Unternehmen und Kommunen herangetragen wird. Diese ökologische Projekt für integrierte Umwelttechnik zeigt, wie Unternehmen mit Umweltschutzmaßnahmen Kosten sparen und den Standort und damit Arbeitsplätze sichern können
- in Schulen und Hochschulen dafür zu sorgen, dass das Klimaschutzengagement von SchülerInnen und StudentInnen genutzt und gefördert wird, um erfolgreiche Projekte wie „Öko-Profit“ oder „Fifty-Fifty“ zu starten und auszubauen. Diese Projekte ermöglichen es z.B. durch Energieeinsparung frei werdende Gelder für die Finanzierung von eigenen Projekten einzusetzen
- alle Bemühungen der Universität Göttingen zu unterstützen, Vorhaben zur Nutzung der oberflächennahen Geothermie voranzutreiben. Die Nutzung der oberflächennahen Erdwärme aus Tiefen bis 150 Metern zur Gebäudeheizung ist unter derzeitigen Rahmenbedingungen ohne zusätzliche Förderung wirtschaftlich. Höhere Investitionskosten für den Einbau geothermischer Heizungsanlagen amortisieren sich aufgrund erheblich geringerer Energiekosten oft schon nach wenigen Jahren. In der Schweiz wird inzwischen jeder vierte Neubau mit Erdwärme beheizt. Die Öffentlichkeitsarbeit für diese, bislang wenig bekannte, Energieeinsparertechnik muss verstärkt werden. Niedersachsen muss die erforderlichen Grundlagendaten in einem „Geothermie-Atlas Niedersachsen“ in allgemein verständlicher Form verfügbar machen und für diese Technik offensiv werben.

3. Vor dem Quantensprung in Niedersachsen: Zweite technologische Phase der Windkraftnutzung vorantreiben

Die Nutzung der Windkraft steht vor einem technologischen Quantensprung: In der Verbindung mit modernen Speichertechnologien kann die Windkraft Strom und Wärme in der Grundlast liefern. Mit dem Bau von Offshore-Anlagen kann der technologische Vorsprung und die Küstenlage Niedersachsens zu einem wichtigen Standortvorteil ausgebaut werden.

Unser Bundesland ist mit mehr als einem Viertel der in Deutschland installierten Windenergieleistung schon heute führend. Renommierete Windenergieanlagenhersteller haben hier ihren Standort, der ländliche Raum profitiert erheblich durch Pachtzahlungen und Dienstleistungen von Planungsbüros und Ingenieurbüros. Allein der größte niedersächsische Hersteller Enercon in Aurich verbaut heute mehr Elektronik als die Meyer-Werft und mehr Stahl als die Thyssen-Nordseewerke in Emden.

Mit der Realisierung von Offshore-Anlagen gewinnen niedersächsische Anlagenbauer und Ingenieurbüros Know-how, das bei steigenden Ölpreisen und zurückgehenden Fördermengen weltweit nachgefragt werden wird.

Die Universität Clausthal erforscht Speichermöglichkeiten in großen unterirdischen Kavernen an der niedersächsischen Küste, die eine Zwischenspeicherung großer Energiemengen ermöglichen würde. EWE erforscht in Oldenburg die Möglichkeiten des Lastmanagements bei virtuellen Kraftwerken, die aus zentral gesteuerten dezentralen Blockheizkraftwerken bzw. Brennstoffzellen bestehen.

Niedersächsische Unternehmen, Ingenieurbüros und Hochschulen haben in der Energietechnik bereits beispielhafte und zukunftsweisende Projekte entwickelt. Wir wollen, dass Niedersachsen zum führenden Standort in der Erforschung regenerativer Energietechnik und Energiekonzepte wird. Wir wollen, dass unser Bundesland einen Spitzenplatz beim Export von effizienter Energietechnik einnimmt.

Wir fordern die Landesregierung auf:

- die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ein großes Pilot- und Forschungsprojekt im Nordwesten Niedersachsens oder im Cuxland realisiert werden, um die technische Machbarkeit, Gesamtenergiebilanzen und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der Windenergie zu schaffen. Dabei geht es um die Realisierung einer weitgehend autarken Strom- und Wärmeversorgung in einer norddeutschen Stadt mit Windkraft, Elektrolyse und Blockheizkraftwerken bzw. Brennstoffzellen zur Versorgung der gesamten Stadt mit Strom und Wärme aus regenerativer Energie
- Forschung, Entwicklung und Markteinführung im Bereich der Brennstoffzellentechnologie stärker voranzutreiben und sich dabei für eine bundes- und europaweit abgestimmte Strategie einzusetzen. Brennstoffzellen sind Schlüsseltechnologien, die die künftige Energieversorgung grundlegend verändern können
- für sichere planungsrechtliche Grundlagen für Investitionen in den Bau von Offshore-Windparks Sorge zu tragen. Die Voraussetzungen für die Ableitung des Stroms zu den Anlandungspunkten an der Küste und zu den Verbrauchsschwerpunkten müssen rechtzeitig geschaffen werden. Dabei sollen die Eingriffe in Natur und Landschaft und mögliche Belastungen für die Menschen so weit als möglich minimiert werden.
- Für die Leitungsinfrastruktur an Land gilt: Weiterentwicklung in Speichertechnologien und Lastmanagement reduzieren die abzuführende Strommenge und damit den Netzausbau. Optimale Nutzung vorhandener Leitungskapazitäten geht vor Ertüchtigung bestehender Trassen und den Bau neuer Trassen. Sofern neue Leitungstrassen erforderlich werden, sind diese so weit als möglich unterirdisch zu realisieren

- die baurechtliche Privilegierung von Windkraftanlagen im Außenbereich bei gleichzeitiger Möglichkeit der kommunalen Steuerung durch Festsetzung von Vorranggebieten zu gewährleisten. Allen Bestrebungen, die Privilegierung von Windkraftanlagen abzuschaffen, muss eine klare Absage erteilt werden. Es darf nicht zugelassen werden, dass der Windenergie durch eine generelle Verschärfung von Abstandsgebieten weitere Steine in den Weg gelegt werden
- sich dafür einzusetzen, dass das durch das EEG besonders geförderte Repowering, also der Ersatz veralteter Anlagen durch neue, weiter zum Zuge kommt. Damit besteht die Chance, gleichzeitig die Windstromproduktion bei gleicher Anlagenzahl zu erhöhen und mit einer „Flurbereinigung der Windkraftlandschaft“ für eine Optimierung von Windkraftstandorten zu sorgen. Das Repowering darf daher nicht durch unsachgerechte Höhenbegrenzungen in bestehenden Vorranggebieten oder an geeigneten bisherigen Windkraftstandorten erschwert werden.

4. Solarenergie darf nicht zum Mauerblümchen unter den Erneuerbaren werden – Nutzung der Solarenergie ausbauen

"Vergesst die Sonne! Photovoltaikförderung wird zum Milliardengrab" schreibt die FAZ im Oktober; andere bezeichnen sie als Mauerblümchen unter den Erneuerbaren. Gefordert wird, sich auf Biogasanlagen und Windkraftwerke auf See zu konzentrieren. Das ist der Tenor bei denen, die fordern: "Solarenergie in die Sahara - Solarenergieförderung in Deutschland ist rausgeschmissenes Geld".

Wir stellen dagegen fest, die Photovoltaikbranche wird ihre Produktionskapazitäten in Deutschland bis zum Jahr 2006 um 350% gegenüber dem Jahr 2003 ausbauen. Die Branche erwirtschaftete 2004 einen Umsatz von mehr als 2 Milliarden Euro und sichert bereits über 20 000 Arbeitsplätze. Derzeit steht Deutschland mit an der Spitze der PV Exporteure. In 15 Jahren wird mit einem globalen Jahresumsatz in der Branche von 100 Milliarden Euro gerechnet, vergleichbar mit dem heutigen Markt der Halbleiterindustrie.

Um das Ziel "4x25" bis 2020 realistisch anzustreben, brauchen wir die erhöhte Nutzung der Solarenergie. Wir wollen, dass sich die Solarforschung und der Solarmarkt auch in Niedersachsen stärker entwickeln - im Gegensatz zur schwarzgelben Landesregierung. Von dort kommt nur Gegenwind für die Solarenergie. Niedersachsen darf keine Solarwüste werden!

Wir fordern die Landesregierung auf:

- das Erneuerbare Energien Gesetz nicht weiter auf Bundesebene zu torpedieren
- im niedersächsischen Förderprogramm "Erneuerbare Energien" die Forschungsförderung im Solarbereich wieder als Schwerpunkt aufzunehmen
- die Potentiale der in Niedersachsen ansässigen und im Bereich der Nutzung der Sonnenenergie arbeitenden Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen offensiv zu nutzen, beispielsweise beim Solarforschungsinstitut Emmerthal und bei Unternehmen wie Solvis in Braunschweig (Z. 43 - 46 des Leittrags entfällt auf S.17))
- landeseigene Gebäude stärker als bisher als Standort für die photovoltaische Nutzung von Solarenergie durch Dritte anzubieten. Gemeinschaftsanlagen auf öffentlichen Gebäuden, Parkhäusern, an Autobahn-Lärmschutzwällen und ähnlichen Standorten sollen entsprechend propagiert werden.

- die Nutzung der Solarthermie in Niedersachsen voranzubringen. Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten sowie sämtliche öffentliche Schwimmbäder sind geeignete Standorte. Hier kann ein erhebliches Potential an fossiler Energie ersetzt werden.
- ein Projekt "Landeswettbewerb Solarsiedlungen" zu unterstützen, mit dem an acht Standorten in den Regionen Niedersachsen Solarsiedlungen mit Landesmitteln gefördert werden. (Z.51, S.17 bis Z.2, S.18 des Leittrags entfallen).
- Handwerkskammern und Innungen landesweit dabei zu unterstützen, Sanitär- und Heiztechnikbetriebe in Technik und Beratung zu schulen, wenn es um Verkauf und Installation solarthermischer Anlagen geht
- Kleine und mittlere Unternehmen in Niedersachsen dabei zu unterstützen, ihr Exportpotential auszubauen, um neue Märkte erschließen und bedienen zu können.

5. Das umweltfreundlichste Kraftfahrzeug der Welt muss aus Niedersachsen kommen

Niedersachsen ist stark im Fahrzeugbau. Mit VW hat hier der größte europäische Fahrzeugbauer mit seiner Firmenzentrale, den Forschungseinrichtungen und vier großen Werken seinen Sitz. Darüber hinaus produziert in Osnabrück Karmann Automobile und in Salzgitter werden Busse und Züge gebaut. Viele Zulieferer haben ihren Firmensitz in Niedersachsen. Bündnis 90/Die Grünen wollen die Arbeitsplätze im Fahrzeugbau sichern und ausbauen. Das wird mittel- und langfristig aber nur gelingen, wenn Fahrzeuge zu wettbewerbsfähigen Preisen produziert werden und den künftigen Herausforderungen am Markt gerecht werden. Wir wollen deshalb, dass das effizienteste, sparsamste und umweltfreundlichste Automobil der Welt in Niedersachsen entwickelt und gebaut wird.

Wir fordern die Landesregierung auf:

- als Anteilseigner am VW-Konzern darauf Einfluss zu nehmen, dass sich Forschung und Entwicklung auf die Senkung des Durchschnittsverbrauchs der neuen PKW-Flotten konzentrieren. Das Ziel muss es sein, bis 2015 auf einen Durchschnittswert von 3 Liter/100 km zu kommen. Da die Automobilhersteller ihre Selbstverpflichtung nicht ernst nehmen, wollen wir eine verbindliche Festlegung von Höchstverbräuchen. Das kalifornische Klimaschutzgesetz, das derzeit von deutschen Autokonzernen beklagt wird, weist die Richtung. Wenn sich der niedersächsische Fahrzeugbau dieser Entwicklung verweigert, werden er keine Zukunft haben
- die drei niedersächsischen Technischen Hochschulen in Clausthal, Braunschweig und Hannover unter einer Dachmarke zu bündeln und die Forschungsaktivitäten im Bereich der Antriebs- und Energietechnik deutlich zu verstärken. Dabei muss die Energieeffizienz im Mittelpunkt stehen
- alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, damit neben der Effizienztechnologie die Nutzung alternativer Kraftstoffe aus Biomasse im Mittelpunkt der Forschungsaktivitäten stehen. Mittelfristig können mehr als 50 % der Endenergieverbräuche für Wärme, Strom und Mobilität aus Biomasse gewonnen werden. Sunfuel, Sundiesel, Methan und Biogas sind die Treibstoffe der Zukunft. Die Aktivitäten zum Ausbau eines Kompetenzzentrums Brennstoffzelle sind zu verstärken
- durch ein Programm für Fahrerschulung daran mitzuwirken, dass der Benzinverbrauch bei PKW um 10-15 % gesenkt wird. Modellprojekte können mit staatlich Bediensteten

begonnen werden. Ein moderner Fahrstil reduziert den Spritverbrauch ohne Zeit- und Geschwindigkeitsverluste.

Das Programm „Weg vom Öl“ würde dazu beitragen, das enorme Potential sowohl für die Verbesserung des Klimaschutzes als auch für neue innovative Arbeitsplätze zu aktivieren.

Im laufenden Jahr 2005 werden in Deutschland durch die Erneuerbaren Energien rund 80 Mio. Tonnen CO₂ vermieden. Forcierte Investitionen, die den Anteil der Erneuerbaren auf bis zu 20% der Gesamtenergieproduktion steigern, machen es nach Berechnungen des Bundesverbandes Erneuerbare Energien möglich, die CO₂-Einsparungen bis 2020 auf 270 Mio. Tonnen zu steigern.

Im Bereich der Gebäudesanierung gibt es nach Angaben des Bundesumweltamtes im gesamten Bundesgebiet 45.000 Arbeitsplätze. Mit der Realisierung entsprechender Maßnahmen wird eine Verdoppelung möglich.

In der Bioenergie-Branche sind deutschlandweit zur Zeit etwa 50.000 Menschen beschäftigt. Nach Angaben von Experten könnte diese Zahl bis 2020 auf rund 200.000 steigen, wenn entsprechend ambitionierte Ziele verfolgt werden. Ein großer Teil dieser Arbeitsplätze (bis zu 20.000) könnte in Niedersachsen entstehen.

Im Bereich der Solarenergie gibt es in Deutschland gegenwärtig ca. 30.000 Beschäftigte. Die Verbände rechnen hier ebenfalls mit etwa 150.000 bis 200.000 Beschäftigten bis zum Jahr 2020, wenn die Förderung beibehalten und ausgebaut wird.

Insgesamt könnten in Deutschland im Bereich der Erneuerbaren Energien im Jahr 2020 bis zu 500.000 Menschen Arbeit finden. Für Niedersachsen wäre ein Potential von rund 50.000 Arbeitsplätzen nicht unrealistisch.

Saubere Energien für eine sichere Zukunft – Packen wir`s an